

**Antrag 03/I/2026
KDV Mitte**

Der Landesparteitag möge beschließen:

Koalitionsvertrag in Leichter Sprache

1 Demokratie lebt davon, dass möglichst viele Menschen
2 nachvollziehen können, worüber politisch entschieden
3 wird und welche Ziele eine Regierung verfolgt. Damit das
4 gelingt, müssen zentrale politische Texte nicht nur veröf-
5 fentlicht, sondern auch für alle verständlich sein.

6
7 Wir fordern die SPD Berlin daher auf, folgende Maßnahme
8 umzusetzen:

9 Der Koalitionsverträge und Zählgemeinschaftsvereinbar-
10 ungen des Landes Berlin werden in Leichter Sprache ver-
11 öffentlicht.

12

13 Begründung

14 Der Koalitionsvertrag ist die Grundlage für die politischen
15 Leitlinien und Vorhaben der nächsten fünf Jahre. Damit
16 sich alle Berliner*innen ein Bild davon machen können,
17 braucht es eine niedrigschwellige Darstellung. Dabei ist
18 die Fachsprache für viele eine Hürde. Das gilt sowohl für
19 behinderte Menschen als auch für Personen mit Lern-
20 schwierigkeiten, Menschen mit Deutsch als Zweitsprache
21 oder für diejenigen, die im Alltag wenig mit politischer
22 Ausdrucksweise zu tun haben. Im Sinne der Demokratie-
23 förderung ist es daher geboten, den Koalitionsvertrag zu-
24 sätzlich in Leichter Sprache bereitzustellen.

25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42

**Empfehlung der Antragskommission
Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Demokratie lebt davon, dass möglichst viele Menschen nachvollziehen können, worüber politisch entschieden wird und welche Ziele eine Regierung verfolgt. Damit das gelingt, müssen zentrale politische Texte nicht nur veröffentlicht, sondern auch für alle verständlich sein.

Deshalb strebt die SPD Berlin an, dass alle Koalitionsverträge und Zählgemeinschaftsvereinbarungen in Leichter Sprache veröffentlicht werden sollen.

—

LPT II-2025: Überwiesen an Organisationspolitische Kommission - Stellungnahme:

Als organisationspolitische Kommission begrüßen wir ausdrücklich das Ansinnen des vorliegenden Antrags. Jedoch sind wir der Auffassung, dass nicht die SPD Berlin alleine die finanziellen Mittel für die Veröffentlichung derartiger Vereinbarungen in leichter Sprache tragen sollte, sondern dass dieses Vorhaben gemeinsam mit den Koalitionspartnern finanziert werden sollte. Dies sollte aus unserer Sicht künftig aber durchaus Gegenstand der Verhandlungen auf Landesebene und in den Bezirken sein und gemeinsam festgelegt werden. Zu beachten ist auch, dass Koalitionsverträge oft langwierig ausgehandelte Kompromisse beinhalten, in denen zum Teil um jedes Wort gerungen wird. Eine "Übersetzung" in leichte Sprache ist hier noch einmal schwieriger als bei anderen Texten und kann zu Interpretationsspielraum und Konfliktpotenzial zwischen den potenziellen Koalitionspartnern führen. Auch deshalb müssten sich die Koalitionspartner gemeinsam auf eine Übersetzung in leichter Sprache verständigen und diese abnehmen. Im Falle der Zählgemeinschaftsvereinbarungen sollte auch darüber nachgedacht werden, ob eine Veröffentlichung der zentralen Vorhaben in leichter Sprache ausreichen könnte, um das Lesen der Informationen attraktiver zu gestalten. Bei begleitenden Veröffentlichungen zum Koalitionsvertrag (Übersichten, Faktenpapiere oder Q&A) sollte die Partei eigenständig auf eine Übersetzung in leichte Sprache achten.